

FDP Butzbach

UWG UND FDP ZUR PODIUMSDISKUSSION DER BÜRGERMEISTERKANDIDATEN

22.10.2018

In einer gemeinsamen Pressemitteilung der Butzbacher UWG und FDP heißt es, dass die jüngste

Podiumsdiskussion der Butzbacher Zeitung überraschenderweise zu Tage gebracht habe, SPD Kandidat

Michael Merle habe als Bürgermeister bei der Grundsatzentscheidung 2013 über die Errichtung von

Windkraftanlagen im Wald von Butzbach seine Fraktion vor diesem Schritt gewarnt.

In der von den beiden Parteivorsitzenden Gerum und Löhr unterzeichneten

Pressemitteilung sehen diese

dies als verzweifelten Versuch an, die eigentliche Schuld auch an möglichen Schadensersatzansprüchen

der Investoren allein auf die Stadtverordneten zu schieben: Immerhin habe Merle als Bürgermeister das

Recht oder sogar die Verpflichtung gegen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, sollten sie zum

Nachteil der Stadt gereichen, Einspruch einzulegen. Gerade vor dem Hintergrund der von UWG und FDP

beantragten Aufnahme einer Rücktrittsklausel in den Pachtvertrag hätte es in den Ohren von Merle

klingeln müssen. Doch statt sich über die Tragweite der Entscheidung zum Abschluss eines Vertrags ohne

Rücktrittsklausel im Klaren zu sein, habe Merle noch während der laufenden Stadtverordnetenversammlung den Vertrag unterzeichnet und damit auch jegliches Rechtsmittel bis hin

zu einer einstweiligen Verfügung, zunächst genommen. „Dieses Vorgehen heute mit dem

Hinweis, er

habe seine Fraktion seinerzeit gewarnt, ausblenden zu wollen, ist zu offensichtlich als dass man es

einfach so in der Öffentlichkeit stehen lässt“, meinen Thomas Gerum (UWG) und Oliver Löhr (FDP).

Insgesamt begrüße man die Entscheidung der CDU und des CDU Bewerbers um das Bürgermeisteramt,

Stefan Euler, weil gerade im Vorfeld des Wahltags klar war, dass ihm die SPD Wortbruch vorwerfen

würde. „Aber allein durch seine Entscheidung hat Stefan Euler bewiesen, dass es ihm ernst mit einem

Wechsel ist“, so FDP und UWG weiter.

Die beiden Oppositionsparteien beurteilen die Podiumsveranstaltung in ihrer Erklärung als gelungen,

wurde doch der Unterschied der Kandidaten sehr deutlich: Merle habe sich in der Vergangenheit

bewegt, während Euler klare Auskünfte über die Zukunft gegeben habe. Die gewählten Ansätze von

Euler, die Denkmodelle und auch mögliche Entwicklungen entsprächen in vielen Punkten auch den

Gedankenansätzen von UWG und FDP. „Bereits heute hat Stefan Euler zwei Punkte aus seinem

Wahlprogramm, Ausstieg aus dem Windkraftprojekt und eine klare Entscheidung zum Feuerwehrstandort erledigt, ferner Möglichkeiten eröffnet, dass das Thema Risikoabsicherung bei dem

gewählten Standort nochmals professionell aufgegriffen werden kann. Das ist ein klarer Hinweis auf

Glaubwürdigkeit“, so UWG – Chef Thomas Gerum. Sehr differenziert sehe man die fortlaufenden

Angriffe auf Euler hinsichtlich der Glaubwürdigkeit. „Verträge sind Orientierungspunkte, aber Verträge

leben auch und sind nicht in Stein gemeißelt, sie müssen stetig auf ihre eigentliche Geschäftsgrundlage

hin überprüft werden. Und wenn sich äußere Umstände ändern und absehbar ist, dass

eine einmal

getroffene Entscheidung langfristig zum Nachteil der Stadt ist, dann ist Handlungsbedarf gegeben“, so

Gerum und Löhr. Die Salami-Taktik, die man im Windkraftprojekt antreffe, der Hinweis, dass es

überhaupt keine Statusberichte gegeben habe und diese auch nicht von der Geschäftsführung der EVB

GmbH eingefordert worden seien, lasse auch zu denken geben, ob hier blind jeder Entwicklung einfach

eine Entscheidung auch gegen den Willen von knapp 5.000 Bürgerinnen und Bürgern vorangetrieben

werden soll. „Aber“, so FDP – Vorsitzender Oliver Löhr, „Butzbachs Zukunft besteht nicht nur aus dem

nun abgelehnten Windkraftprojekt, sondern die CDU mit Euler hat entgegen der klaren Empfehlung von

Michael Merle mit ihrer Entscheidung für den Ankauf von Aldi-Teilflächen bewiesen, dass es um die

Zukunft geht und sich Herr Euler nicht nur ums Geld ausgeben, sondern auch um die Herkunft der

Finanzmittel Gedanken macht. Die SPD hat diese Perspektive mit ihrem Abstimmungsverhalten beim ALDI-Gelände klar abgelehnt“, heißt es abschließend in der Erklärung.